

Die Wirtschaft fordert die Politik heraus

Frankenstärke Die Handelskammer formuliert nach einem runden Tisch mit FDP, CVP und SVP einen umfangreichen Forderungskatalog

VON URS MATHYS

Mit einem Paket von 15 Sofortmassnahmen soll die kantonale Politik der einheimischen Wirtschaft zu Hilfe eilen. Im Kampf gegen die Folgen der Frankenstärke gefordert werden unter anderem ein Bürokratieabbau, Entlastungen bei Steuern und Gebühren und die Ausreizung des Spielraumes beim öffentlichen Beschaffungswesen (Kasten unten). Die Forderungen wurden gestern im Anschluss an einen runden Tisch der Handelskammer mit den Spitzen von FDP, CVP und SVP veröffentlicht. In 11 von 15 Forderungen habe unter den Teilnehmern Einigkeit bestanden, bilanziert Handelskammer-Direktor Daniel Probst. Einzelne Themen würden denn auch bald in konkrete, überparteiliche Vorstösse von FDP, CVP und SVP im Kantonsrat umgemünzt, «im besten Fall bereits in der kommenden März-Session».

Weniger Geld für Landwirtschaft

Mittel- und langfristig sollen aber nach dem Willen der Handelskammer noch viel weiter gehende Massnahmen angepackt werden: So sollen die Steuern für juristische Personen gesenkt, die Subventionen im Energiebereich gänzlich abgeschafft und jene an die Landwirtschaft «um mindestens zehn Prozent» gekürzt werden. Die Zukunft des Landwirtschaftlichen Bildungszentrums Waldierhof in Riedholz sei am runden Tisch durchaus diskutiert, die Forderung nach einer Schliessung aber als derzeit unrealistisch eingeschätzt worden, erklärte Daniel Probst auf Anfrage.

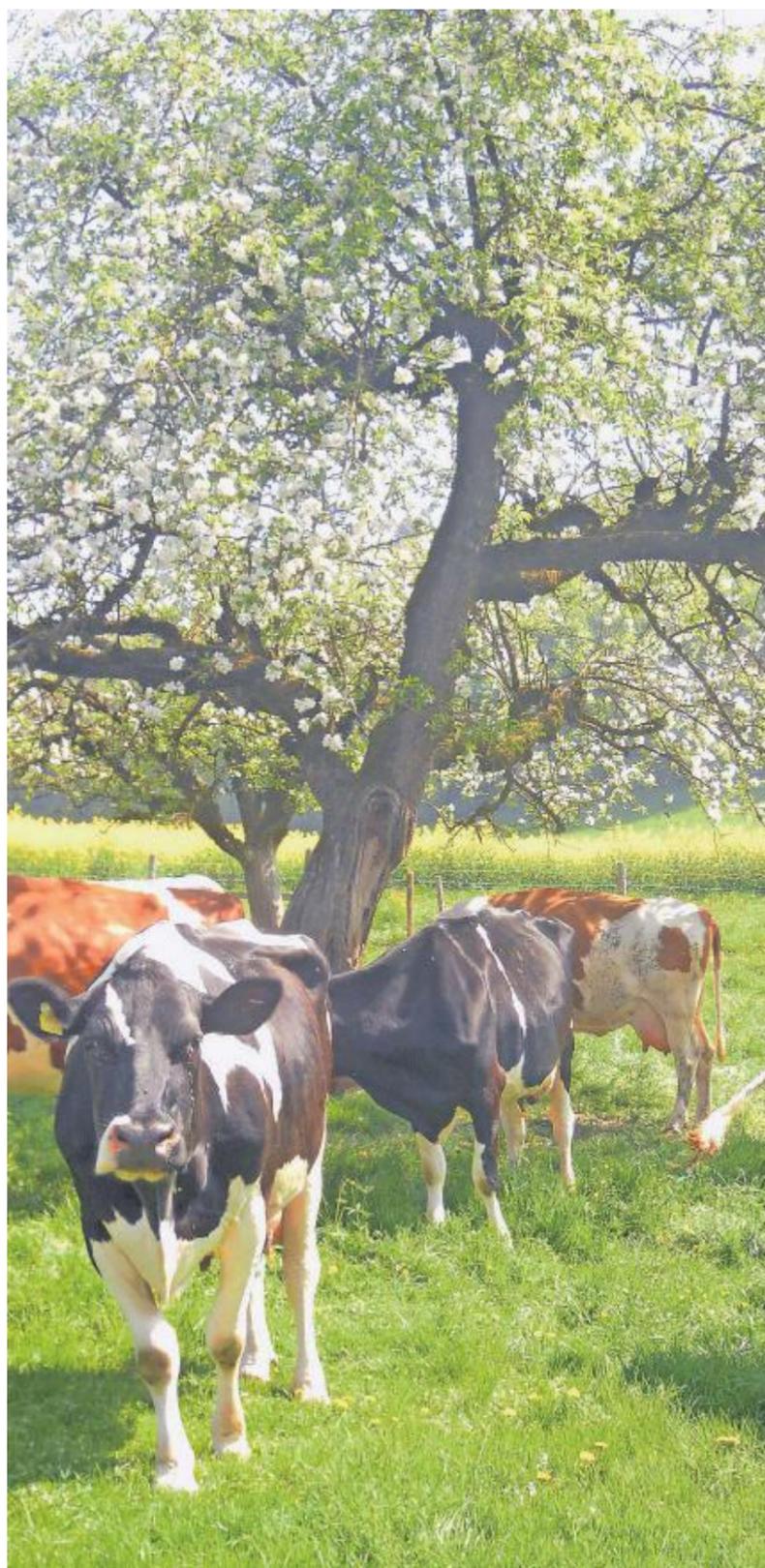
Kürzungen soll es ebenfalls im Sozialbereich geben: Zu diesem Zweck seien die Ergänzungsleistungen ebenso «auf den Prüfstand zu stellen» wie die Sozial-

regionen. Bezüglich Infrastruktur und Raumplanung wird konkret ein «zügiger und grosszügiger Ausbau der Autobahn A1» und die Ermöglichung des Ausbaus des Regionalflughafens Grenchen gefordert. Im Bereich Bildung und Innovation fordert die Wirtschaft eine «aktive Innovationspolitik», unter anderem mit der Schaffung eines «Staatsfonds zur Finanzierung von Innovationen» im Bereich KMU, die Beteiligung an Innovationsparks und die «wirtschaftsfreundliche Umsetzung des Lehrplans 21».

Für «bürgerlichen Schulterchluss»

Bei der Bewältigung der aktuellen Währungsfrage seien sehr wohl primär die Unternehmer selber gefordert, hält die Handelskammer fest. Darüber hinaus seien aber auch andere Player gefordert, wird weiter betont: «Wirtschaft, Politik und Verwaltung müssen pragmatisch miteinander arbeiten.» Auch wenn die Rollen unterschiedlich seien, müssten doch alle am gleichen Strick ziehen. Dies sei im Kanton Solothurn bisher leider nicht immer der Fall; es bestehe «eine Diskrepanz zwischen der deklarierten Wirtschaftsfreundlichkeit und dem effektiven Handeln», bedauert die Handelskammer.

Zur Umsetzung dieser Forderungen und zur Schaffung von wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen «braucht es einen Schulterchluss der wirtschaftsfreundlichen politischen Kräfte», wird deshalb betont. Der geforderten «wirtschaftsfreundlichen Politik» soll auch ein «regelmässiger Austausch zwischen (bürgerlichen) Politikern und Unternehmern» dienen. Mit dem Ziel, dass «die Politik ungefiltert und aus erster Hand erfährt, wo in der Wirtschaft der Schuh drückt».



Ebenfalls im Visier der Handelskammer: Die Subventionen an die Landwirtschaft sollen «um mindestens 10 Prozent» gekürzt werden.

ARCHIV: JOH

NACH DEM RUNDEN TISCH DER HANDELSKAMMER MIT DEN SPITZEN VON FDP, CVP UND SVP:

Mit 15 Sofortmassnahmen soll die kantonale Politik auf die Frankenstärke reagieren

In den Katalog der Sofortmassnahmen wurden von der Handelskammer Forderungen aufgenommen, «die für die Unternehmen unmittelbar kostensenkende Wirkungen entfalten». Dabei würden auch Massnahmen berücksichtigt, die einer Investition bedürfen, jedoch die Unternehmen und die Staatskasse nach kurzer Zeit entlasten, heisst es dazu erklärend. Der Katalog umfasst 15 Einzelmassnahmen in drei Kategorien:

«Abbau von Bürokratie und administrativen Hürden»:

Hier sollen mit vier Massnahmen Verfahren vereinfacht, gekürzt und gestrafft werden, damit Unternehmen

und die Staatskasse entlastet werden. Dazu sollen E-Government für möglichst alle Prozesse eingeführt, für Anliegen an die Verwaltung ein «One-Stop-Shop» eingerichtet, die Lohnmeldepflicht abgeschafft und Bewilligungsverfahren für Schichtbetriebe vereinfacht werden.

«Entlastung für Unternehmen bei Steuern und Gebühren»:

Acht Massnahmen beschäftigen sich mit Entlastungen für Unternehmen durch geringere kantonale Abgaben. So sei zu prüfen, ob Exportbetriebe, die ihre Bücher in Euro führen, auch ihre Steuern in Euro begleichen können. Weiter werden unter anderem eine grosszügige Abschreibungspraxis und Steuererleichterungen für ausbildende Betriebe sowie für

Forschung und Innovation gefordert. So sollen Unternehmen 200 Prozent ihrer Forschungs- und Entwicklungsausgaben von den Steuern abziehen können. Auch die Senkung von Gebührentarifen und Kontrollkosten (z. B. für die BVG-Stiftungen der Unternehmen) sowie ein allgemeines Gebührenmoratorium für neue Abgaben für Unternehmen (dazu werden auch Abgaben im Energiebereich gezählt) stehen auf der Massnahmenliste. Zudem sollen Produktivitätssteigerungen in Verwaltung und staatsnahen Betrieben die Staatskosten senken. Mit Blick auf das überdurchschnittliche Wachstum der Staatsquote wird gefordert, dass zu diesem Zweck «die Staatsausgaben inkl. Löhne für das Staatspersonal in einem ersten

Schritt plafoniert werden» und dass ein Einstellungsstopp vorgenommen werden soll.

«Flankierende Massnahmen»:

Drei Ideen zielen darauf ab, den Spielraum beim öffentlichen Beschaffungswesen auszureizen, damit alle Wettbewerber gleich lange Spiesse haben. Es gehe hier nicht um Heimatschutz, betont die Handelskammer, vielmehr sei sicherzustellen, «dass die ausländischen Wettbewerber die gleichen Umwelt- und Sozialauflagen erfüllen müssen wie die inländischen». Weiter soll die Politik Rechtsicherheit für Lohnzahlungen in Fremdwährungen schaffen, und schliesslich ist die Kurzarbeit als gutes Instrument beizubehalten. (UMS.)

Staatsanwaltschaft

Verfahren gegen Ankläger: «Ein rein formeller Schritt»

Gegen die Staatsanwaltschaft Solothurn ist eine Strafverfolgung wegen Amtsgeheimnisverletzung eröffnet worden (wir berichteten). Man habe dies zur Kenntnis genommen, so Cony Zubler, Sprecherin der Staatsanwaltschaft, auf Anfrage dieser Zeitung. «Weiterer Handlungsbedarf besteht nicht.» Damit bestätigt Zubler eine bereits am Freitag vom SRF-Wirtschaftsmagazin «Eco» verbreitete Meldung. Die Staatsanwaltschaft habe vor einer Stellungnahme zuerst mit dem ausserordentlichen Staatsanwalt Hans Wiprächtiger Kontakt aufnehmen müssen. Demnach stimme zwar die Aussage, dass ein Verfahren eröffnet worden sei. Falsch sei dagegen laut «ausdrücklicher Erklärung» von Wiprächtiger, dass aus der Verfahrenseröffnung noch weitere Folgerungen gezogen werden können. Die Eröffnung der Strafverfolgung sei ein formeller Schritt, aus dem nichts über «die Begründetheit der Anzeige» abgeleitet werden könne.

Hintergrund ist die Einstellung der Strafverfahren gegen die Atomkraftwerke Gösgen und Leibstadt, die nach Strafanzeigen der Umweltschutzorganisationen Greenpeace und Trinationaler Atomschutzbund eingeleitet worden waren. Nachdem die beidem zuständigen Staatsanwaltschaften Solothurn und Aargau die Verfahren eingestellt hatten, wurden Aufsichtsbeschwerden gegen die Behörden erhoben. Die Staatsanwaltschaften der beiden Kantone, so der Vorwurf, hätten dieselbe Vorgehensweise gewählt. Die Einstellungsbeschlüsse würden nämlich einen identischen Wortlaut aufweisen. «Offenkundig gab es Absprachen», hiess es bei Greenpeace. Zumindest dieser Vorwurf scheint sich jetzt zu erhärten. (SVA)

Aarefähre

Regierungsrätin Gassler wird nun doch «Fähre-Gotte»

Die Bewilligung für die Fähre vom Festland bei Nennigkofen zum Aareinseli der Bauernfamilie Antener wurde vor drei Monaten ausgestellt. Jetzt soll auch die letzte der nötigen Genehmigungen vorliegen: die amtliche Verfügung, um Passagiere über Wasser transportieren zu dürfen. Dies bestätigt Richard Mühlemann vom Orden der Odd Fellows, der seit einer Spendenaktion im Frühjahr 2014 gewissermassen das Ruder der neuen Fähre in den Händen hält. Auf dem Aareinseli werden nun Pläne für das Einweihungsfest vom 9. Mai 2015 geschmiedet. Bei diesem wird laut Mühlemann nun doch die Solothurner Regierungsrätin Esther Gassler als «Taufpatin» zur Verfügung stehen. Nachdem im August 2014 bekannt geworden war, dass für die neue Fähre noch nicht alle Genehmigungen vorliegen, sistierte Gassler ihre Zusage vorerst. Am 10. Mai soll die Aarefähre an einem weiteren Fest dann auch der Öffentlichkeit präsentiert werden. (SVA)

Christian Wanner verteidigt Anbindeställe

Landwirtschaft Der frühere Regierungsrat und die IG Anbindestall finden die Kritik von Tierschützern überhaupt nicht gerechtfertigt.

VON NORA WERNLI

An Ort und Stelle angebunden und nicht in der Lage, sich um die eigene Achse zu drehen - auf diese Weise werden Kühe in Anbindeställen gehalten. Tierschützer bezeichnen dies als eindeutige Tierquälerei und wollen, dass es keine solchen

Ställe mehr gibt. 60 Prozent der Schweizer Milchbauern haben diesen Typ Stall. Die Interessengemeinschaft Anbindestall kann gar einen stetigen Zuwachs von Mitgliedern verzeichnen.

Auch Alt-Regierungsrat und Landwirt Christian Wanner bewirtschaftet einen Anbindestall. Als eines von zirka 500 Mitgliedern der Interessengemeinschaft sieht er in Anbindeställen Vorteile. Der Bucheggberger findet es «absurd, dass man zwei Systeme, die beide ihre Vor- und Nachteile haben, gegeneinander ausspielen will», wie er gegenüber Tele MI sagte. Die IG Anbindestall setze sich dafür ein, dass der Anbinde-

der Laufstall in allen Bezügen gleichberechtigt sein sollen.

Anbindeställe werden mit weniger oder gar keinen finanziellen Bauhilfen und Subventionen unterstützt. Wanner findet diese Halteform aber vor allem bei kleinen Betrieben ideal, da es eine geringe Verletzungsgefahr unter den Kühen gebe und eine bessere Beobachtung der einzelnen Tiere möglich sei.

«Vergewaltigung der Tiere»

Tierschützer Erwin Kessler hingegen hält diese Form der Tierhaltung für nicht mehr zeitgemäss und äussert dies auch mit deutlichen Worten: «Die Tiere

sind gezwungen, am selben Ort zu fressen, zu scheissen und zu schlafen. Das ist einfach Vergewaltigung der Tiere.»

Diese Kritik stösst bei Wanner auf Unverständnis. An der Zutraulichkeit seiner Tiere sähe man, dass ihnen wohl sei, und sie dürften auch regelmässig auf die Weide. «Ob Laufstall oder Anbindestall, mir ist es viel wichtiger, dass die Tiere korrekt gehalten sind», erklärte er gegenüber Tele MI. Die IG Anbindestall will nun die Öffentlichkeit sensibilisieren. Ebenfalls seien verschiedene Gespräche mit Behörden geplant. Dadurch hofft man, eine Gleichberechtigung von Anbinde- und Laufställen zu erreichen.

NACHRICHT

BUCHEGGBERGER DÖRFER Stromausfall wegen Baum auf Leitung

In den Gemeinden Lüsslingen-Nennigkofen und Lüterkofen-Ichertswil waren gestern 1000 Haushalte von einem Stromausfall betroffen. Der Grund der Störung, die um 13.45 Uhr eintrat, lag im vorgelagerten Verteilernetz, wie der Stromversorger ATE in einer Mitteilung schrieb. Ein Baum fiel auf eine Leitung zwischen Lohn und Lüterkofen. Der Grossteil der betroffenen Kunden sei nach rund einer halben Stunde wieder mit Strom versorgt worden, hiess es gestern weiter. (MGT)